Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 32 und Markt 24. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 4604.

Nr. 441. Halle, Dienstag, den 21. September 1920. Einzelpreis 20 Pfg.

Wirth über die Brüsseler Konferenz.

Beginn der Friedensverhandlungen in Riga am 21. September — Ein Prozeß gegen die Rote Armee — Der Rücktritt der englischen Kreiskontrolleure in Oberschlesien bestätigt.

Getreide- oder Mehleinfuhr?

In unserer Nummer vom 15. d. Mts. veröffentlichten wir einen Artikel „Unerwünschte Einfuhr", in welchem wir die ablehnende Haltung der Regierungsstellen gegenüber einem amerikanischen Mehlangebot an die deutschen Bäcker einer kritischen Betrachtung unterzogen. Hierzu erhalten wir von einem alten Freunde unseres Blattes aus Neusalz (Oder), einem Mühlenbesitzer, folgende vom 16. d. Mts. datierte Zuschrift:

Bereits als Kind war ich Leser Ihrer Zeitung und heut im Alter von 58 Jahren bin ich es noch und ausnahmsweise gefällt mir mal ein Artikel Ihres Blattes nicht!

Sie bringen in Nr. 431: Morgen-Ausgabe vom 15. d. Mts. einen Aufsatz: „Unerwünschte Einfuhr", zu welchem ich mir wohl nachstehend eine kurze Bemerkung gestatten darf und zwar zum zweiten Teil, in welchem Sie das Angebot eines amerikanischen Konsortiums behandeln, das den deutschen Bäckerverbänden Mehl auf Kredit angeboten habe und welches Angebot aber vom Reichsernährungsminister abgelehnt worden sei. Als Müller, der ich bin, muß ich die Ablehnung des Angebots an die Bäckereiverbände seitens des amerikanischen Konsortiums durch die zuständige Behörde für vollkommen korrekt halten und zwar aus nachstehenden Gründen:

1. Es ist allgemein bekannt, daß die Mühlenindustrie, die vor dem Kriege in höchster Entwicklung war, jetzt bereits über sechs Jahre starken Mangel an Beschäftigung, infolge Fehlens insbesondere des Brotgetreides hat. Und wenn zur unbedingten besseren Ernährung des Volkes Einfuhr vom Auslande in noch größerem Umfange als bisher erforderlich ist, so mag Getreide aber nicht fertiges Mehl eingeführt werden! Denn dadurch wird den Mühlen und ihren Arbeitern Arbeit geschaffen und

2. erhält die Landwirtschaft, sofern die Ausbeute auf 80 Prozent oder noch niedriger herabgesetzt wird, dadurch auch mehr Futtermittel. Und daß

3. die deutschen Mühlen ebensolch weißes Mehl wie die Amerikaner herstellen können, bedarf wohl erst keiner weiteren Erläuterung und Beweises!

Nehmen Sie es mir bitte nicht übel, wenn ich für die Interessen meines Standes, aber auch die meiner Arbeiterschaft im Vorstehenden eingetreten bin. Daß ich den Schleichhandel und den Wucher wie das gesamte Schiebertum aus tiefster Seele verabscheue und hasse, darf ich Ihnen wohl nicht ausdrücklich versichern! — —

Es ist das erste Mal in den langen Jahren, daß ich als Ihr Abonnent mich an Sie wende und hoffe ich daher um wohlwollende Beurteilung meiner Auffassung.

Ergebenst
Julius Kopp.

Vorstehenden Brief unseres alten Abonnenten haben wir aus zwei Gründen gern veröffentlicht. Erstens ist es für einen Zeitungsmann immer erfreulich, wenn ihm aus seinem Leserkreise das Einverständnis mit der allgemeinen Haltung seines Blattes bestätigt wird. Zum zweiten aber geben wir dem verehrten Einsender mit seinen Erinnerungen durchaus recht. Bei der Notlage, in welcher sich auch die deutsche Mühlenindustrie seit Jahren befindet, wäre eine Einfuhr von Getreide anstelle des angebotenen Mehles durchaus erwünscht. Leider aber ist bei den Stellen, welche die Vieh- und Mehleinfuhr nicht gern sehen auch ein Widerstand gegen die Getreideeinfuhr vorhanden, der überwunden werden muß. Vor allem aber ist heute noch bei der Regierung und ihren Beratern in Ernährungsfragen noch immer nicht die Erkenntnis durchgedrungen, daß die Unterernährung im deutschen Volke durch die hohe Ausmahlung des Mehles nicht gemindert, sondern viel eher gefördert worden ist. Die für den menschlichen Körper unverdaulichen Bestandteile des hochprozentig ausgemahlenen Mehles haben dem menschlichen Verdauungsapparat eine fruchtlose Mehrarbeit aufgebürdet, für die ein gewisser Energie- und bestimmter Kräfte- und Säfteverbrauch aufgewendet werden mußte, der dem ohnedies geschwächten Körper abträglich war und sicher an mancher Magen- und Darmerkrankung schuld ist. Ferner ist dadurch dem Vieh wertvolles Futter entzogen wurden. Weil die Behörden von dieser hochprozentigen Ausmahlung des Getreides nicht abgehen wollten und die Mühlen von der damit verbundenen Verpflichtung nicht entlasten wollten, mußte uns die Einfuhr normal ausgemahlenen Mehles willkommen erscheinen. Andererseits aber war das Mehl von einem amerikanischen Mühlenkonzern angeboten, der nur Mehl und kein Getreide zur Verfügung stellen konnte. Die Tatsache, daß wir die Annahme eines solchen Angebotes für zweckmäßig und die Ablehnung der Regierungsstellen für unverständlich gehalten haben, schließt nicht aus, daß wir es noch mehr begrüßen würden, wenn anstelle des Mehles Getreide in entsprechender Menge eingeführt werden könnte unter der Voraussetzung, daß die deutsche Mühlenindustrie das Recht zur normalprozentigen Ausmahlung erhielte. Unser Standpunkt weicht von dem unseres verehrten alten Abonnenten keineswegs ab, wenngleich wir nach wie vor die Ablehnung der Mehleinfuhr durch die Regierung nicht für korrekt halten können, weil sie nicht aus Rücksicht auf das Mühlengewerbe, sondern aus anderen, volkswirtschaftlichen nicht zu billigenden Gründen, erfolgt ist.

Die Aufgaben der Brüsseler Konferenz.

Prof. Ludwig Stein hatte eine Unterredung mit Reichsfinanzminister Dr. Wirth, der ihm folgende Erklärung abgab:

„Angesichts der bevorstehenden Brüsseler Konferenz scheint es mir geboten, an irrtümliche Aeußerungen zurückzukommen, die in den letzten Tagen die englische und französische ernsthafte Presse beschäftigt haben:

Die englische Zeitung „Financial News" vom 22. August brachte unter der Ueberschrift „Deutschland weigert sich, zu bezahlen", folgende Mitteilung. „Der deutsche Reichsfinanzminister hat kürzlich bei zwei verschiedenen Anlässen die Gelegenheit ergriffen, um zu erklären, daß sein Land nicht daran denke, die Forderungen auf finanzielle Wiedergutmachung der Kriegsschäden zu erfüllen, die sich Deutschland nach den Bestimmungen des Vertrages von Versailles verpflichtet hatte, zu bezahlen. Dies ist eine schwerwiegende Tatsache von sehr unangenehmer Natur, die ich verschiedentlich in dieser Spalte prophezeit habe nach Informationen, die aus einer sehr sicheren Quelle kamen."

Im „Journal" schreibt Lucian Chossagne: „Aber auf Millerand konnten die Erklärungen, die der deutsche Finanzminister Wirth einem Vertreter des „Journal" in Spa gegeben hat, nicht ohne Eindruck bleiben. „Der deutsche Finanzminister sagte: „Wir werden Ihnen nichts anbieten", und er sagte dies in einem kategorischen Tone. Der Ministerpräsident, der vor allen Dingen ein Realist ist, sagte sich, daß unter solchen Umständen unnütz wäre, überhaupt eine Diskussion zu eröffnen. Das hieße, in eine Sackgasse gehen und der grausamsten Enttäuschung ausgesetzt sein."

Demgegenüber stelle ich fest, daß ich in Spa keinen Vertreter der ausländischen Presse empfangen und keinerlei Erklärungen über die Politik der deutschen Regierung einem Pressevertreter gegenüber abgegeben habe. In der Sache selbst aber ist das Gegenteil von dem richtig, was ich angeblich gesagt haben soll. Stets habe ich den Standpunkt vertreten, daß wir mit positiven Vorschlägen kommen müssen, wenn wir zu einer endgültigen Verständigung gelangen sollen.

Diese von der deutschen Regierung zu machenden positiven und klaren Vorschläge müssen selbstverständlich verbunden werden mit einer eingehenden und sachlichen Darlegung und Besprechung der deutschen wirtschaftlichen Lage und Leistungsfähigkeit unter Hinzuziehung der beiderseitigen Sachverständigen. Jedes deutsche Angebot, wie auch etwa eine Forderung der Gegenseite, muß am Verhandlungstisch zu einer aufrichtigen gegenseitigen Aussprache über die Voraussetzungen der deutschen Leistungsfähigkeit führen. Ein führendes französisches Blatt hat kürzlich den Standpunkt vertreten, daß endgültigen Abmachungen Besprechungen zwischen Sachverständigen vorausgehen sollten.

Mir als deutschem Finanzminister ist es ein unbedingtes Erfordernis, daß Deutschland endlich die Größe der ihm zugewiesenen Lasten erkennt um danach seine Wirtschafts- und Finanzpolitik einzurichten. Von derselben Erkenntnis werden wohl auch die Finanzminister der Alliierten sich leiten lassen. Es ist doch unmöglich, daß etwa ein Finanzminister sein Land losgelöst von der ökonomischen Lage Europas betrachten könnte.

Europa ist tatsächlich eine wirtschaftliche Einheit. Schon der Ausfall Rußlands zeigt zur Genüge, daß das wirtschaftliche Gleichgewicht zerstört ist, und ein Ausfall Deutschlands durch einen völligen Zusammenbruch müßte auch ganz Europa mit in den Ruin hineinziehen. Die europäische Wirtschaftssolidarität wird und muß kommen. Brüssel sollte den Weg dazu finden und vorbereiten. Es ist der Wunsch der Alliierten, daß Brüssel Genf vorbereite. Das ist begreiflich und vom europäischen Standpunkt aus wünschenswert. Damit kann aber die Idee, die Genf zugrunde liegt, nicht verdunkelt werden. Wo sich auf der Gegenseite ein Anzeichen zu einer Verständigung und Aussprache zeigt, ist meines Erachtens auch bei Deutschland jederzeit der gute Wille vorhanden."

Ein Prozeß gegen die Rote Armee.

Berlin, 20. Sept. (Eig. Meldung.) Im Moabiter Kriminalgerichtsgebäude beginnt am Dienstag der Prozeß gegen die Mitglieder der früheren Roten Armee. Die Anklage gründet sich auf Verletzung der Verordnung des Reichspräsidenten gegen den Zusammenschluß militärischer Verbände. Die Verhandlung wird voraussichtlich mehrere Tage dauern.

„Geistiger Schutzbund".

Mehrfach wurde über Versuche der „Arbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Organisationen Brandenburgs" berichtet, ihre Mitglieder zum Widerstand gegen das Entwaffnungsgesetz aufzureizen. Es scheint, daß es sich nicht nur um den Widerstand gegen ein einzelnes Gesetz, sondern um den Auftakt zu einer allgemeinen Bewegung handelt. Diese Auffassung wird jetzt durch eine neue Proklamation bestätigt, die eine Anzahl märkischer Gutsbesitzer und Rittergutsbesitzer in der Ruppiner „Märkischen Zeitung" veröffentlichen und in der es ausdrücklich heißt.

„Wir wollen ja nicht nur uns schützen, sondern unser ganzes Volk. Das ist unsere erste Aufgabe. Dann aber geht unser Selbstschutz weiter. Wir wollen nicht nur mit der Faust für Leben und Eigentum eintreten, sondern wir wollen aufbauen, und dazu gehört, daß wir unser Volk vor allen niederen Einflüssen zu schützen suchen, daß wir einen Sammelpunkt schaffen, in dem sich alle Volksgenossen, alle Brüder und Schwestern unseres Blutes sammeln können, um einen Schutz zu bilden gegen alle Fremdeinflüsse, gegen die Selbstbefleckung, die heute um sich greift, in der Demut gegen das Ausland, gegen die Selbstsucht und Begehrlichkeit, die unser Volk zugrunde richtet. In diesem geistigen Schutzbund ist uns jeder willkommen, der deutsch denkt, fühlt und handelt, und ablehnt alles, was undeutsch ist. In diesen Selbstschutz gehört jeder Deutschhütige, Mann wie Frau, damit wir zusammen unser Deutschtum wahren, aufbauen und ausbreiten. Im übrigen wollen wir jedem die Zähne zeigen, der sich dieser deutschen Pflicht widersetzt."

Die Proklamation erklärt dann weiter, daß die Staatsregierung an den märkischen Bauern „einen Widerstand und eine Macht finden wird, welche die der Eisenbahnorganisationen in den Schatten stellt." Man sieht, daß der Geist des „Jochimke, Jochimke hüte Di" noch nicht erloschen ist. Darf man erwarten, daß die Regierung auch ihrerseits den Herren „die Zähne zeigen" wird?

Der Rücktritt der englischen Kreiskontrolleure in Oberschlesien.

Breslau, 20. Sept. Einem Londoner Funkspruch zufolge hat die englische Regierung der Botschafterkonferenz mitgeteilt, daß die englischen Kreiskontrolleure Oberschlesiens infolge der hartnäckigen Haltung der Franzosen ihre Demission eingereicht haben. Wie wir hierzu mitteilen können, beruht es auf Tatsache, daß drei der englischen Kreiskontrolleure vor einiger Zeit unabhängig voneinander dem englischen Vertreter in der Interalliierten Kommission in Oppeln Oberst Percival ihr Abschiedsgesuch eingereicht haben, weil sie im Gebrauch ihrer Amtsgewalt infolge der Parteilichkeit der Franzosen gehindert würden. Dem Ausmärzigen Amt in London war von Oberst Percival von diesem Demissionsgesuch der Kreiskontrolleure bisher noch nicht Mitteilung gemacht worden, da er abwarten wollte, wie sich die Verhältnisse in dem Verwaltungsgebiet Oberschlesiens gestalten würden. Nachdem die erhoffte Besserung nicht eingetreten war, hat Oberst Percival der Londoner Regierung von dem Demissionsgesuch Kenntnis gegeben, jedoch zugleich mitgeteilt, daß die englischen Kreiskontrolleure vorläufig ihren Dienst weiter versehen werden.

Die russisch-polnische Frage.

Riga, 20. Sept. (Eig. Meldung.) In einer Unterredung mit lettländischen Pressevertretern erklärte der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation, Joffe, daß die Rigaer Konferenz dazu berufen sei, die verwickelten Probleme des Ostens einer Lösung zuzuführen. Diese Lösung könne auf dem Wege einer friedlichen Verständigung zwischen Rußland und Polen erfolgen. Und eine Verständigung sei auch zu ermöglichen, da Rußland keine unmittelbare Grenze mit Deutschland verlange, sondern nur das Recht des freien Transitverkehrs nach Westen fordere und sich auch mit der Curzon-Grenzlinie einverstanden erkläre.

Beginn der Verhandlungen in Riga.

Warschau, 20. Sept. (Eig. Meldung.) Nachdem die erste Zusammenkunft der Präsidenten der polnischen und der russischen Friedensdelegation am Sonnabend stattgefunden hatte, ist die erste Sitzung der offiziellen Friedensverhandlungen zwischen Polen und Rußland auf Dienstag, den 21. September, angesetzt worden.

Polen und Litauen.

Kopenhagen, 20. Sept. Die „Berlingske Tidende" meldet aus Kowno, die polnischen Delegierten bei den Friedensverhandlungen in Kalwaria forderten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200921013/fragment/page=0001

als unerläßliche Bedingung für die Fortsetzung der Verhandlungen, daß die litauischen Truppen auf die sogenannte Curzonlinie in das Gebiet von Suwalki zurückgezogen würden. Es ist sehr zweifelhaft, ob Litauen diese Forderung annehmen wird. Lettland hat seine Vermittlung im polnisch-litauischen Streit angeboten und aus diesem Anlaß zu einer Konferenz nach Riga eingeladen. Litauen hat auf diese Einladung geantwortet, man werde erst den endgültigen Ausfall der Konferenz von Kalwaria, sowie die Entscheidung des Völkerbundes in Paris abwarten.

Polen verhandelt mit Holland.

Warschau, 20. Sept. (Eig. Meldung.) Der frühere polnisch Ministerpräsident **Stekowski** weilt gegenwärtig in Holland, um dort mit Finanzleuten Unterhandlungen wegen **Gründung einer polnischen Emmissionsbank** zu führen, obgleich man überzeugt ist, daß man erst nach dem Abschluß des Krieges mit Rußland die Gründung endgültig wird vollziehen können und zunächst eine zweckentsprechende wirtschaftliche und finanzielle Politik wird führen müssen, um die polnische Mark zu stabilisieren. Die Polnische Nationalkreditbank muß bis dahin die Funktionen einer Emissionsbank erfüllen.

Englisches Unbehagen über die erste Sitzung des Völkerbundes.

London, 19. Sept. In Völkerbundkreisen in London sieht man der ersten Sitzung des Völkerbundes in Genf mit **großem Unbehagen** entgegen. Es wird ein **bitterer Kampf wegen Deutschlan**, Oesterreich und Ungarn erwartet. Die Lage wird dadurch kompliziert, daß die Haltung der südamerikanischen Staaten, die mit ihren 14 Stimmen in die Wagschale fallen, sehr ungewiß ist. Augenblicklich wird von verschiedenen Seiten versucht, die Ansicht dieser Staaten über die Zulassung Deutschlands zu ergründen. **Frankreich** und **Belgien** sind entschlossen, der Zulassung **aufs äußerste zu widersprechen** und tun alles, um die südamerikanischen Staaten in irem Sinne zu beeinflussen. Man glaubt jedoch nicht daß diese en bloc für oder gegen Zulassung sind, da die Eifersucht unter den amerikanischen Staaten zu groß ist. Alle früheren Neutralen, das heißt die Schweiz, Holland und Skandinavien, sind entschieden für die Zulassung zum Völkerbund. **England** verhält sich **neutral**, und die Haltung **Italiens** ist seit der Konferenz von Aix-les-Bains unbestimmt.

Deutsches Reich.

Der Reichskanzler in Freiburg i. Br. Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Abschluß der Wiederherstellungsarbeiten am Turm des Freiburger Münsters fand Sonntag die Weihe der neuen Schlußkreuz-Blume statt. Der Feier wohnten neben der Geistlichkeit und Vertretern der Behörden auch der Reichskanzler bei. In seiner Eigenschaft als Präsident des Münster-Bauvereins gab der Reichskanzler seiner Freude darüber Ausdruck, daß gerade in dem Jahre der Turm des Freiburger Liebfrauen-Münsters wieder neu bekreuzt werden konnte, in dem die Stadt auch die achthundertjährige Wiederkehr ihrer Begründung begehen konnte. Die alte Kreuzblume hat auf viele schwere Freiburger Tage herniedergesehen. Die neue Kreuzblume erhebt sich zu steiler Höhe. Wenn das deutsche Volk sich wieder aufrafft mit Gottvertrauen, mit heiliger Begeisterung für die höchsten Güter der Menschheit, dann wird auch diese Kreuzblume wieder auf ein glückliches Geschlecht herniederschauen können.

Der Staatszuschuß für das Schulwesen. In einer Protestversammlung gegen die von der Regierung geplante Klassenfrequenz von 60 Schulkindern wurde ein Bericht des Landtagsabgeordneten **König** mitgeteilt, wonach sich der 23. Ausschuß des preußischen Landtages dohin schlüssig gemacht hat, daß der Staatsbeitrag auch weiterhin für alle Schulklassen bezahlt wird, die am 15. September nicht weniger als 45 Kinder hatten, daß dagegen bei neu zu errichtenden Schulklassen der Staatsbeitrag erst bei einer Besuchsziffer von 60 Schulkindern in Kraft tritt. Die Herabsetzung der Klassenziffern von 60 auf 45 Kinder in ganz Preußen würde jährlich einen Mehraufwand von 600 Millionen erfordern.

Der Reichsforstwirtschaftsrat hat den Beschluß seiner Ausschüsse zu dem Entwurf eines **Reichsforstgesetzes** zugestimmt. Das Gesetz unterstellt alle Privat- und Kommunalwaldungen der Staatsaufsicht, und schreibt vor, daß die Länder bald Grundverzeichnisse aufzustellen und fortzuführen haben. Für Waldungen, die eine von der Landesgesetzgebung festzustellende Mindestgröße haben, sind allgemeine Periode Distriktspläne aufzustellen. Die Ueberführung von Waldboden in eine andere Benutzungsart ist genehmungspflichtig. Abgeholzte Flächen sind binnen drei Jahren wieder aufzuforsten. Der soziale und wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats hatte beschlossen, daß die deutsche Holzwirtschaft gemeinwirtschaftlich geregelt werden müsse. Der Reichsforstwirtschaftsrat hat diesen Beschluß mit überwiegender Mehrheit abgelehnt.

Ein „Deutscher Verkehrsbund". In der Freitag-Abendsitzung des Deutschen Eisenbahnarbeiterverbandes sprach der Vorsitzende des Transportarbeiterverbandes Schuhmann über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses des Deutschen Transportarbeiterverbandes und des Deutschen Eisenbahnarbeiterverbandes. Er empfahl die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft der beiden Interessengruppen unter dem Namen „Deutscher Verkehrsbund". Nach seinen Ausführungen soll die wichtigste Aufgabe dieser neuen Großorganisation sein, die gesamte Beamtenschaft zum Eintreten in den Verkehrsbund zu bewegen. Auch die Post- und Telegraphenbediensteten werden sich, wie er mitteilte, sehr bald dem neuen Bund anschließen. Sonnabend vormittag wurde eine Entschließung angenommen, in der die Vereinigung des Deutschen Transportarbeiterverbandes und des Deutschen Eisenbahnarbeiterverbandes unter dem Namen „Deutscher Verkehrsbund" **beschlossen** wurdes

Ausland.

Die Londoner Bergarbeiterbewegung.

London, 20. Sept. Die Verhandlungen mit den Bergarbeitern werden heute wieder aufgenommen. Die Regierung wird ein besonderes Schiedsgericht zur Beratung der Lohnerhöhungs-Forderungen ernennen.

Halle und Umgegend.

Halle, den 21. September 1920.

Stadtverordneten-Sitzung.

Wahl zweier sozialistischer besoldeter Stadträte — Verpachtung des Anschlagwesens — Keine Beteiligung an der mitteldeutschen Bauzentrale.

Halle, 20. September.

Das Hauptinteresse konzentrierte sich in der heutigen Sitzung um die Frage der Wahl zweier besoldeter Stadträte. Ein Kompromiß zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten war nicht zustande gekommen. Die Bürgerlichen meinten, man müsse bei der Wahl einzig das Augenmerk darauf richten, den Magistrat arbeitsfähig zu gestalten und **ohne Rücksicht auf die Parteistellung tüchtige Fachleute** wählen; die sozialdemokratischen Parteien waren demgegenüber der Ansicht, daß es den Anforderungen der Billigkeit entspreche, in den Magistrat, in dem die Bürgerlichen das starke Uebergewicht haben, Männer aus ihren Reihen zu entsenden. Und zwar präsentierten sie, da sie Fachleute aus dem Kreis der Parteifreunde nicht namhaft machen konnten, den Unabhängigen bisherigen unbesoldeten Stadtrat Redakteur **Kilian** und den Mehrheitssozialisten bisherigen unbesoldeten Stadtrat Krankenkassenbeamten **Dölz**. Die Bürgerlichen hatten sich auf den Stadtrat Dr. **May**-Charlottenburg und den Bürgermeister **Molkenthin**-Westerland als die geeigneten Bewerber geeinigt. Bei voller Besetzung des Hauses würden 33 gegen 33 Stimmen gestanden haben, denn jede der Parteien besitzt bekanntlich die Hälfte der Mandate — und das Los hätte dann entscheiden müssen. Aber es kam anders: Von den Bürgerlichen fehlte Stadtv. **Bretschneider** (Parteilos). Dadurch hatten die sozialistischen Parteien ohne weiteres die Mehrheit und so wurden denn mit 33 gegen 32 Stimmen die in beiden Wahlakten auf Stadtrat May fielen, die Herren **Kilian** und **Dölz** zu besoldeten Stadträten gewählt. Nachstehend der nähere Bericht über die Sitzung.

Die Verhandlungen leitet Vorsteher **Hennig** (Unabh.).

Er richtet einige Worte der Begrüßung an die Versammlung. Eine Eingabe, welche auf die Ueberflüssigkeit der Verkaufsstellen in der Talamtschule hinweist, wird von Stadtrat **Pfautsch** dahin beantwortet, daß diese Stellen in kurzer Zeit völlig abgebaut werden sollen. Anwohner des Bürgerparks beschweren sich darüber, daß die Bedürfnisanstalten im Park ihnen das öffnen der Fenster unmöglich machen. Die Beschwerde wird dem Magistrat als Material überwiesen. — Eine Anfrage, mit welcher Berechtigung Polizeibeamte und Kriminalbeamte auch außerhalb ihrer Dienstzeit die Straßenbahn benutzen, soll gelegentlich der Straßenbahnvorlage erledigt werden. — Der Sächsische Pferdezuchtverein teilt mit, daß er dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium für die nächsten **Pferderennen** 20 Tribünenplätze zur Verfügung stellt. — Eine Eingabe der dem Ballettverbande angehörenden Chorsänger um Erhöhung ihrer Bezüge wird mit anderen Eingaben dem Petitionsausschuß überwiesen.

Der 1. Punkt betrifft die Wahl zweier besoldeter Stadträte.

Stv. **Finger** (Deutsche Vp.) berichtet über die Besprechungen, die in der Sache stattgefunden haben. Es sind 88 **Bewerbungen** eingegangen, aber eine Einigung der Fraktionen hat sich nicht erzielen lassen. Die einen meinten, man müsse unbedingt Fachleute in den Magistrat wählen, die anderen waren der Ansicht, daß nur der, der aus Proletarierkreisen stamme, mit ihnen aufgewachsen sei und in jeder Weise zu ihnen gehöre, geeignet erscheine, die Masse im Magistrat richtig zu vertreten. Der Referent bekämpft diesen letzteren Standpunkt, denn dann dürfe auch nur **der** Arzt zur Heilung einer Krankheit geeignet erscheinen, der selbst an dieser Krankheit gelitten habe.

Es wird mit Zetteln abgestimmt. Abgegeben werden im ersten Wahlgange: Wahl eines Nachfolgers für Stadtrat Wurm 65 Stimmen, davon lauten 33 auf den Namen **Kilian**, 32 auf den Namen Dr. May. Herr Kilian ist somit gewählt.

Im zweiten Wahlgange: Ersatz für Stadtrat Tepelmann, werden gleichfalls 65 Stimmen abgegeben. 33 lauten auf den Namen **Dölz**, 31 auf Dr. May, eine auf Molkenthin. Herr Dölz ist gewählt.

2. Ueber einen **Vergleich mit der Versicherungsgesellschaft Atlas** berichtet Stv. **Herzfeld** (Deutschdem.): Der Magistrat beantragt zur Beendigung eines Prozesses, worin der Magistrat vom „Atlas" Zahlung der

Tumultschäden

verlangt,

1. zur Erledigung des Prozesses der Stadt gegen die Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaft Atlas einem Vergleich folgenden Inhalts zuzustimmen: Atlas übernimmt die Verpflichtung, die Aufwendungen, welche die Stadt Halle jedem einzelnen Anspruch-erhebenden gegenüber anläßlich der Revolutionsereignisse im November 1918 im Januar und März 1919 wegen der Beschädigung oder Zerstörung von Sachen, sowie wegen der Tötung oder Verletzung von Personen zu machen hat, bei Personenschäden zur Hälfte, bei Sachschäden zu zwei Drittel zu ersetzen, und zwar Aufwendungen für Sachschäden bis zum Höchstbetrage von 14 000 Mk. jedem Geschädigten gegenüber, Personenschäden in unbegrenzter Höhe. Treffen im Einzelfalle Sachbeschädigungen und Plünderungsschäden zusammen, so wird der Berechnung der Regressumme der Gesamtschaden insoweit zugrunde gelegt, als nach den vorhandenen Unterlagen anzunehmen ist, daß geplünderte Sachen vorher beschädigt wurden.

Atlas ist damit einverstanden, daß die Anwendbarkeit des Preußischen Tumultschadengesetzes auf die Novemberereignisse 1918 und auf die Januar- und Märzereignisse 1919 nicht weiter bestritten wird

Die gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten des Prozesses Halle gegen Atlas werden in der Weise geteilt, daß Atlas drei Viertel die Stadt Halle ein Viertel derselben trägt.

2. Den bei den **Tumultereignissen vom November 1918, Januar und März 1919 Geschädigten** gegenüber die Haftpflicht der Stadt dem Grunde nach nicht mehr zu bestreiten und demgemäß bezw. der Sachschaden aus diesen Ereignissen sofort in eine Regulierung einzutreten,

3. zur endgültigen Regulierung den Geschädigten gegenüber die mit der vorläufigen Feststellung der Schäden betraute Magistratskommission zu ermächtigen, und

4. die **erforderlichen Kosten vorläufig vorschußweise** zu decken.

Der Referent betont, daß der Vergleich die Möglichkeit gibt, **die von Tumultschäden betroffenen Bürger schneller zu entschädigen, als das sonst möglich wäre**, wenn erst noch jahrelang mit dem Atlas prozessiert werden müsse. Der eine Prozeß sei zugunsten der Stadt in **erster** Instanz entschieden, dennoch empfehle sich der Vergleich. Auch eine größere Anzahl anderer Prozesse könnten nunmehr aus der Welt geschafft werden.

Die Versammlung stimmt zu.

3. Sodann berichtet Stv. **Ritter** (Deutschdem.) über die

Neuregelung der Fahrpreise bei der Straßenbahn.

Der Magistrat hat beschlossen, die Fahrpreise der städtischen Straßenbahn mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 ab wie folgt festzusetzen:

1. **Bartarif**: 2 Teilstrecken 50 Pfg., 3 Teilstrecken 60 Pfg., über 3 Teilstrecken 70 Pfg., mit einmaliger Umsteigeberechtigung.

2. **Vergünstigungstarif**: Monatskarten für 2 Teilstrecken 35 Mk., für mehr als 2 Teilstrecken 45 Mk. Wochenkarten:

Erntespiel im Provinzialmuseum.

Wir sind eingetreten in die Zeit der kürzer werdenden Tage, des fallenden Laubes, der Erntedankfeste und Schützenfeste — Erntedankfest! Der Städter kennt es meistens nur noch dem Namen nach, wie für ihn Winter- und Sommersonnenwende auch nur leere Worte sind. Aber er soll einmal hinausgehen auf das Land, das fern ab liegt von der Großstadt, wo noch Bauern im wahrsten Sinne des Wortes wohnen; dort kann er sehen, wie der Erntedank als eines der größten Feste des Jahres gefeiert wird, wie Erntezeit Freudezeit bedeutet. Ueber 5000 Jahre feiern die Germanen schon das Erntefest, nach uralter Sitte, die sich erhalten hat von Geschlecht zu Geschlecht. Es ist also kein Wunder, daß noch heute in den Erntebräuchen Spuren alter heiliger Mysterien enthalten sind. Verehrung der Segenspenderin Sonne, die überhaupt bei den nordischen Völkern im Mittelpunkt des gesamten Empfindens steht, Glaube an die gute Kraft der Erde, das war der Sinn der germanischen Erntemysterien und ist, wenn auch verschleiert, noch heute der Sinn unserer bäuerlichen Erntebräuche. Unzertrennlich verbunden mit dem Frohsinn der Erntezeit oder des „Lammfrabes", wie sie vielfach genannt wird, ist der ernste, wehmütige Gedanke an den Wandel aller Dinge, an das Kommen und Gehen der Menschen, an das Blühen und Vergehen, an den drohenden Winter, den Vernichter des Lebens.

Was das Volk bewegte, hat er von jeher in seinen Tänzen und Reigen zum Ausdruck gebracht. Bei allen Volksfesten wurde getanzt und damit unbewußt Dämonen- und Götterkult getrieben.

Das hallische Provinzialmuseum hat es sich bekanntlich zur Aufgabe gemacht, diese alten Gebräuche, die vor allem in den damit verbundenen Tänzen zum Ausdruck kommen, zu neuem Gehalt in künstlerischer Form zu erwecken. Was Direktor Hahne bis jetzt mit den bescheidensten Mitteln geleistet hat, verdient volle Anerkennung. Daß diese Veranstaltungen sich in Halle immer größerer Beliebtheit erfreuen, bewies die erdrückende Fülle der Besucher bei den zwei Sonntagsvormittagsaufführungen eines Herbstspieles im Museum. Diese Aufführung wies einen gewaltigen Fortschritt auf gegenüber der zuletzt gegebenen Sonnenwendfeier, die Mitwirkenden haben sich schon mehr eingelebt in das Wesen dieser volkstümlichen Spiele, sie geben sich zwangloser und natürlicher als früher, was sogar von den Kleinen und Allerkleinsten gilt.

Das Spiel begann mit dem Reigen der festlich geschmückten, sommerlichen Jugend, den sie vor Tau und Tag um das brennende Lichtlein, das Symbol des Schnitters Tod, tanzt. Schwermütige Weisen erklingen von Geigen, Mandolinen und Flöten und begleiten diesen Tanz, der ein in seiner kindlichen Einfachheit ergreifendes Gebet darstellt. Der Tag erwacht, und herein strömt die Einwohnerschaft des Dorfes, jung und alt, meistens in blauen, violetten und lilafarbenen Gewändern, den Farben des Herbstes, der Weintraube. Mit Gesang und Musik zieht die blumengeschmückte Jugend umher auf dem Festplatz, dessen Mittelpunkt ein Altarstein bildet, bedeckt mit Kornblumen, Aehren und sonstigen Symbolen der Erntezeit. Noch einmal brechen lärmend und lachend die bis zuletzt beschäftigt gewesenen Schnitter herein in ihren Alltagskleidern und Arbeitskitteln, wie sie vom Felde kommen. Sie müssen aber schnell wieder das Feld räumen, denn nur festlich geschmückte sind zum Erntedankfest zugelassen.

Dann wird es still auf dem Festplatz: unter dem Gesang des Chorales „Lobet dem Herren" nahet der mit gestickten Schleifen versehene Erntekranz und wird auf dem Altar aufgepflanzt. Eine Frau in bronzezeitlichem Gewande verkörpert die Mutter Erde, die Mutter des Festes; feierlich ziehen sämtliche Festteilnehmer an ihrem violett ausgeschlagenen, von Aehrenbündeln umgebenen Thron vorbei und erweisen ihr die gebührenden Ehrenbezeugungen. Nach dem Tanz um die Erntekrone, dem Tanz der Lebensfreude und des Behagens über die wohlverdiente Ruhe nach der Arbeit, erreicht die Stimmung ihren Höhepunkt. Bruder Martin mit der Gans im Arm, der Michel mit der Zipfelmütze, dem Schlafrock und der Pfeife, Frau Holle mit der Spindel, Krebs, Ochse, Löwe und Reiter mit Pferd mischen sich unter die Festgenossen und werden überall mit lautem Hallo begrüßt. Dieser Mummenschanz ist der Rest alten Dämonen- und Götterglaubens. Der Herr Dorfschulze selbst erscheint, wird von allen gehänselt und merkt es nicht. Kuchen wird verteilt, die Schnapsflasche kreist in der Runde, Kammern und Kisten sind für jeden offen in den Häusern, der Ueberfluß ist für alle geschaffen und nicht für den einzelnen, ja, die Stehlfreiheit wird sogar proklamiert. So vergeht der Tag unter Singen und Scherzen, Schmausen und Tanzen. Die originellsten Tänze werden aufgeführt; so ist einer das Symbol für die im Rausche entstandene Streitsucht und Schlägerei mit dem sehr bald folgenden Wiedervertragen. Wenn der Abend herabsinkt, ziehen die Dorfbewohner unter Vorantragen des Erntekranzes von dem Festplatz hinweg, ihren Heimstätten zu. Auf dem verlassenen Festplatz finden sich aber häufig noch einige zusammen, die ein heißes Dankgebet zum Himmel emporschicken, „ein Dankgebet an Gott, für all' sein Gnadenlicht".

Wer am Sonntag der Feier beigewohnt hat, der hat einen tiefen Eindruck mit nach Hause genommen.

A. H. Barnick.

Welche Mädchen bleiben am meisten sitzen?

Neuere statistische Ermittelungen haben die etwas überraschende Tatsache ergeben, daß dem Prozentsatz nach die sog. Haustöchter am wenigsten Aussicht haben, unter die Haube zu kommen, die berufstätigen Mädchen dagegen die meiste Aussicht. Obwohl die Haustöchter in vielen Fällen sich zu gut dünken, irgendeinen Beruf zu ergreifen, und schon in jungen Jahren keinen anderen Gedanken hegen, als nach einem Mann auszuschauen, lehrt also die Erfahrung des wirklichen Lebens, daß jene Mädchen — man gestatte diesen Ausdruck — die praktisch denken und das Leben nicht als eine Tändelei betrachten, am ehesten das finden, wonach andere so wenig suchen. Die Statistik lehrt auch, daß das Eheglück selbst unbemittelten Mädchen viel eher winkt, als vermögenden Haustöchtern.

Von 1000 unbemittelten Mädchen, die eine Ehe eingingen, hatten, der „Ackerscholle" zufolge, nur 162 keinen Beruf. Von je 1000 Handlungsgehilfinnen aller Art schreiten rund 800 zur Ehe, die meisten allerdings erst in späteren Jahren zwischen 25 und 30. Das wird wohl auch kein Nachteil sein. Auch akademisch oder sonstwie höher gebildete, berufstätige Frauen heiraten in der großen Mehrzahl, mit alleiniger Ausnahme der Lehrerinnen, von denen auf je 1000 merkwürdigerweise nur etwa 380 in den Hafen der Ehe einlaufen. Sehr oft konnte festgestellt werden, daß berufstätige Frauen weit über ihren Stand heiraten; so haben sich von 1000 Verkäuferinnen 30 mit sehr wohlhabenden Kaufleuten, 210 mit ehemaligen Offizieren usw. vermählt, von 1000 Tänzerinnen und kleinen Schauspielerinnen 300 sogar an Aristokraten, 440 an reiche Kaufleute, Fabrikanten, Juristen usw. Aus alledem geht hervor, daß die allgemeine Ansicht, der Mann heirate in erster Linie nach Geld, doch wohl einer Revision bedarf.

Internationale Statistik. Das ständige internationale statistische Institut im **Haag**, das seine Arbeit auch während des Krieges hat durchführen können, teilt mit, daß eine seiner Hauptaufgaben, die Bevölkerungsstatistik der ganzen Welt, in kürzester Frist abgeschlossen vorliegen wird. Das Institut beginnt jetzt die Veröffentlichung der Nachweisungen wirtschaftlicher und sozialer Art, wie Lohnfragen, Arbeitsdauer, Arbeitsabkommen, Arbeitslosigkeit, Arbeitsvermittlungen, Genossenschaftswesen und dergleichen. Außerdem will das Institut ein internationales statistisches Jahrbuch herausgeben und eine Monatsschrift über Preisbildung, Arbeitslosigkeit usw.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200921013/fragment/page=0002

steuerfreie für Arbeiter 5 Mk., steuerpflichtige für sonstige Personen 6 Mk., für Schüler 4 Mk., Arbeiterfahrkarten 2,50 Mk.

Die Einkommensgrenze zur Erlangung der Wochenkarten wird von 4000 Mk. auf 8000 Mk. heraufgesetzt.

Fahrscheinhefte (3 Sorten mit 50, 60 und 70 Pfg. Fahrscheinen) werden mit 10 Prozent Preisermäßigung oder Gratislieferung eines elften Fahrscheines ausgegeben.

Steuerfreie Dienstfahrten bei Behörden. a) Städtische Beamtenjahrkarten: 12 Fahrten kosten 6 Mk., 24 Fahrten kosten 12 Mk. b) Postbestellbienstmarken: für 2 Teilstrecken 47,17 Pfg. für die Einzelfahrt, für 3 Teilstrecken 56,60 Pfg. für die Einzelfahrt, für mehr als 3 Teilstrecken 66,04 Pfg. für die Einzelfahrt. Monatskarten für 2 Teilstrecken 33,02 Mk., Monatskarten für mehr als 2 Teilstrecken 42,45 Mk.

3. Fahrten an Sonn- und Feiertagen nach 10 Uhr abends kosten den doppelten Fahrpreis. Ferner werden an Sonn- und Feiertagen keine Umsteigefahrscheine ausgegeben.

Die sonstigen Beförderungsbestimmungen der städtischen Straßenbahn bleiben bestehen.

Wie der Referent ausführt, kann nach den Ergebnissen der letzten Monate damit gerechnet werden, daß die letzte Tariferhöhung an Einnahmen für das Jahr rd. 12 Millionen Mark — wie veranschlagt — bringen wird. Dagegen haben sich die Ausgaben trotz der vorgenommenen Betriebseinschränkungen infolge weiterer Preiserhöhungen für Materialien aller Art und außerordentlicher Mehrleistungen für Löhne und Gehälter, insonderheit durch die aus dem Tarifvertrage entstehenden besonderen Leistungen für Urlaub, Bezahlung von Krankheitstagen, Hinterbliebenenfürsorge, Bewilligung der sog. Schmutzzulage und Bezahlung der Streiktage, wesentlich erhöht und werden sich voraussichtlich auf 15,6 Millionen Mark für das Jahr belaufen, so daß am Jahresschluß ein Fehlbetrag von 3,6 Millionen Mark (anstatt 2,6 Millionen Mark lt. Voranschlag 1920) entstehen würde. Zur Verringerung des Defizits muß eine neue Tariferhöhung vorgenommen werden. Den Wünschen des überwiegenden Teils der Stadtverordneten entsprechend hat die Straßenbahndeputation einstimmig einen Teilstreckentarif von 50 Pfg. aufwärts,

einmalige Umsteigeberechtigung eingeschlossen,

vorgeschlagen. Durch die neuen Fahrpreise werden die Einnahmen voraussichtlich in der Weise gesteigert, daß der im Haushaltsplan vorgesehene Fehlbetrag von 2,6 Millionen Mark nicht erheblich überschritten wird.

Der Referent bemerkt, daß für die kleinen Strecken bei dem bisherigen Einheitstarif von 50 Pfg. sich eine Abwanderung gezeigt hätte. Im Anschluß an das Referat berichtet Stv. Ritter gleich noch über jene Eingabe, die die freie Benutzung der Straßenbahn durch Polizeibeamte in dienstfreien Stunden unterbinden will. Die Ausführungen, die darin gemacht werden, seien schief, die Rechnung ein Trugschluß. Referent empfiehlt Uebergang zur Tagesordnung. Die Versammlung stimmt dem zu.

Stv. Volbracht (Mehrheitssoz.): Wir sind grundsätzlich mit dem neuen Tarif einverstanden, aber bei der Straßenbahn muß mehr kaufmännischer Geist einziehen, um den Verlehr zu steigern.

Stv. Manschewski (Deutschdem.): Nach der Vorlage sieht das aus, als ob wir jenen Fehlbetrag im Etat von 2,6 Millionen Mark als ein gottgegebenes Faktum hinnehmen müssen. Da meine ich denn nun doch, daß wir alles tun sollen, um auch dieses Defizit herabzumindern. Mit Sparen ist allerdings nichts auszurichten. Das zeigt ein Blick auf die Ausgaben. An den 500 000 Mark für die Gleiserneuerung usw. ist nichts zu sparen. An der Verzinsung der Schuld ebenfalls nichts. Und an dem Hauptposten 9 Millionen Mark Löhne wird wohl auch niemand sich vergreifen wollen. Ich empfehle die Vorlage.

Stv. Busse (Deutschnat.): Ich freue mich über den Teilstreckentarif, für den wir uns stets eingesetzt haben. Daß die Abwanderung durch den neuen Tarif gehoben wird, glaube ich nicht, denn die kurzen Teilstrecken kosten ja immer noch 50 Pfg.

Stv. Gerig (Mehrheitssoz.): Die Straßenbahn ist in ihren Dispositionen nicht beweglich genug. Man müßte manchmal leerlaufende Wagen aus dem Verkehr ziehen, damit sie nicht Strom verbrauchen, das Material abnutzen usw. Aber man läßt sie weiter laufen, weil ja das Personal doch bezahlt werden muß.

Stv. Balke (Deutschdem.): Als gegenwärtiger Dezernent der Straßenbahn kann ich Ihnen versichern, daß wir nur mit gemischten Gefühlen diese Vorlage gemacht haben. Aber die Not zwang uns dazu. Der Hauptposten sind die Löhne mit neun Millionen Mark. Aber wie kann man da sparen bei den enormen Preisen, z. B. den Aufwendungen, die wir diesen Winter für Kartoffeln machen müssen. Anderen Städten gehts mit ihren Straßenbahnen nicht besser als uns. Die Straßenbahnen sind die Schmerzenskinder der Städte. Denken Sie an Leipzig, Berlin und andere. Je größer die Stadt, desto größer das Defizit. Andere Städte haben noch höhere Fahrtreise. Bei uns zahlt man künftig, wenn die Leute die Hefte mit 11 Nummern kaufen, 45 Pfg. für die Fahrt. In Halle sind die Straßenbahnwagen im allgemeinen noch viel besser besetzt als in andern Städten.

Stv. Albrecht (Unabh.): Ich vermisse es manchmal, daß bei großen Veranstaltungen vor dem Volkspark nicht genügend Wagen aufgestellt werden, um die Hunderte von Besuchern zu befördern. (Zuruf: Dort ist kein Platz!) Es wäre gut, wenn an den Sitzungen der Deputation der Betriebsrat der Straßenbahner teilnähme. (Zuruf: Das geschieht ja schon!) Ja geben denn die Mitglieder des Betriebsrates keine Fingerzeige? (Zuruf: Nein!)

Stv. Ritter (Deutschdem.): Es steht zu hoffen, daß der neue Tarif eine Verbesserung gegenüber den bisherigen Zuständen bedeutet. Die Abwanderung von den kleinen Strecken ist bisher wohl deshalb geschehen, weil es die Leute verdroß, bei dem Einheitstarif für eine kleine Strecke denselben Preis zahlen zu müssen wie für die ganze Strecke vom Anfang bis zum Ende. Bei dem neuen gerechten Tarif fällt dieses Moment der Verärgerung weg.

Die Vorlage wird angenommen.

4. Ueber die

Regelung des städtischen Anschlagwesens

berichtet gleichfalls Stv. Ritter. Der Magistrat beantragt, zu beschließen, daß das städtische Anschlagwesen auf 2 Jahre bis zum 30. September 1922 an den bisherigen Pächter Paul Schwarz in der Weise verpachtet wird, daß er einen festen Pachtzins von jährlich 15 000 Mk. und 65 Prozent des darüber hinaus sich ergebenden jährlichen Reingewinns an die Stadt zahlt.

In der Vorlage wird gesagt: Die städtischen Körperschaften haben beschlossen, das städtische Anschlagwesen in eigene Verwaltung zu nehmen. Der Vertrag mit dem bisherigen Pächter Schwarz läuft am 30. September 1920 ab. Bei der Schwierigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse erscheint es dem Magistrat zurzeit hinsichtlich des finanziellen Ergebnisses gefährlich, die eigene Verwaltung einzuführen. Dazu kommt, daß die Angliederung des Anschlagwesens an den städtischen Bürobetrieb den Erfordernissen des Anschlagwesens nicht gerecht werden wird, und die Einrichtung einer kaufmännischen Stelle nicht sogleich durchgeführt werden könnte.

Aus diesen Gründen glaubt der Magistrat, die Geschäftskenntnis und Erfahrung des bisherigen Pächters Schwarz nicht entbehren zu können und beabsichtigt, mit ihm einen Vertrag auf der sog. gemischtwirtschaftlichen Grundlage zu errichten.

Nach dem Vorgange von Magdeburg und Nürnberg soll Schwarz eine feste Pacht von 15 000 Mk. jährlich zahlen (bisher 11 000 Mk.), ferner soll er von dem darüber hinaus verbleibenden Reingewinn, für dessen Feststellung eine genaue Kontrolle vereinbart werden wird, 65 Prozent an die Stadt abführen, während ihm 35 Prozent verbleiben.

Damit scheint einerseits das Interesse des Schwarz an einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb, andererseits das Interesse der Stadt an einer möglichsten Ausschaltung des Unternehmergewinns gewahrt.

Nach dem abzuschließenden Vertrage wird sich Schwarz allen Anordnungen des Magistrats unterwerfen, die die bauliche und künstlerische Ausgestaltung des Plakatwesens betreffen. Er wird nach wie vor verpflichtet sein, Plakate von jeder beliebigen Druckerei anzunehmen, soweit sie den mit dem Magistrat zu vereinbarenden Größenverhältnissen entsprechen.

Schwarz hatte sich auch erboten einen Vertrag dahin einzugehen, daß er von der Stadt lediglich seine Auslagen und 6500 Mark jährlich für seine eigene Tätigkeit erstattet bekommt. Der Magistrat sieht aber davon ab, ein solches Angestelltenverhältnis mit Herrn Schwarz einzugehen, hält vielmehr die vorgeschlagene Regelung für zunächst 2 Jahre für die der Stadt günstigste.

Der Referent empfiehlt die Vorlage.

Stv. Gehrig (Mehrheitssoz.): Wir haben beim Magistrat schon eine kaufmännische Abteilung. Da könnte man leicht das Plakatwesen angliedern. Was braucht man denn dazu? Pinsel und Kleister und Leute zum Ankleben. Es war Zeit genug für den Magistrat, unseren Beschluß, der auf eigene Regie lautete, durchzuführen. Wir lehnen die Vorlage ab.

Stv. Günther (Unabh.): Auch wir verlangen eigene Regie. Unser Beschluß von früher muß beachtet werden. Wenn der Magistrat auch in der Sache mitzubestimmen hat, so wird er doch mit uns Hand in Hand arbeiten und Konflikte vermeiden wollen. Der Vertrag enthält über die Preise, die Schwarz nehmen dürfte, keine Angaben. Wie soll das Kontrollrecht ausgeübt werden? Nachträgliches Protestieren ist doch da ganz unnütz.

Stadtrat Fischer: An der Zeit liegt es nicht, wenn der Magistrat die eigene Regie nicht einführt. Wir haben bis zum 1. Oktober noch zehn Tage Zeit, da können wir die Organisation schaffen.

Stv. Knauthe (Unabh.): Für Herrn Schwarz ist das Plakatwesen ein glattes Geschäft. Die Aufträge werden ihm ohne sein Zutun ins Haus gebracht. Das Plakat, das bei Schwarz gedruckt wird, kommt unbedingt an die Anschlagsäule. Plakate aus anderen Druckereien müssen zurückstehen, wenn kein Platz ist. Im Zusammenhang mit der Druckerei ist die Sache für Herrn Schwarz ein feines Geschäft. Die Stadt aber kann den kleinen Steindruckereien, die jetzt Mangel an Aufträgen haben, bei städtischer Regie Arbeit zuweisen. Außer Pinsel und Kleister braucht man übrigens noch einen Ofen, um den Kleister im Winter flüssig zu halten.

Stv. Osterburg (Unabh.): Früher haben wir 11 000 Mark bekommen, jetzt sollen wir von Schwarz 15 000 Mark kriegen. Das ist viel weniger, wenn man den gesunkenen Wert des Geldes berücksichtigt. Schwarz müßte mindestens das sechs- bis siebenfache zahlen. Unser Prinzip muß sein, auf möglichst vielen Gebieten die Eigenwirtschaft einzuführen; die wird uns Riesenein nahmen bringen. (Zuruf: z. B. bei der Straßenbahn!) (Heiterkeit.)

Stv. Minner (Deutschdem.): Verlangt denn Herr Osterburg von den sozialisierten Wirtschaften Zoo und Wittekind auch mit Rücksicht auf den gesunkenen Geldwert den künftigen Ueberschuß, wie er es soeben hinsichtlich des Pachtpreises ausgerechnet hat? Man mag zur eigenen Regie stehen wie man will, gegenwärtig ist das gemischtwirtschaftliche System, wie es der Magistrat vorschlägt, das flüssige. Schwarz wird sich als ehrlicher Handwerker alle Mühe geben, uns über die 15 000 Mark hinaus noch auf Grund des Anteiles von 65 Prozent Gewinne herauszuwirtschaften.

Stv. Manschewski (Deutschdem.): Wir rütteln gar nicht an dem Prinzip der Eigenwirtschaft, aber wir wollen erst mal zwei Jahre lernen, ehe wir die Sache übernehmen. Es ist richtig, was Herr Osterburg sagt, daß das Einkommen der Arbeiter sich wohl um das Sechs- bis Siebenfache vermehrt hat, aber die selbständigen Geschäftsleute können das nicht von sich sagen. Da ist solche Steigerung nicht vorhanden.

Stv. Knauthe (Unabh.): Auch der Direktor des Zoologischen Gartens, wäre eine Stelle, der man das Plakatwesen unterstellen könnte. Ferner die Handwerkerschule, die ja unlängst in Leipzig bei der Ausstellung sich erfolgreich beteiligt und dabei kaufmännische Beweglichkeit bewiesen hat.

Stv. Minner (Deutschdem.): Der Schutzverband des Mittelstandes wollte in einer Eingabe gegen die Uebernahme in städtische Regie Stellung nehmen. Die Herren von links haben die Parole: Tod jeder selbständigen Existenz! Und solche Losung mache ich nicht mit. (Zuruf des Stv. Osterburg: Sie sind kein moderner Kommunalpolitiker! Allgemeine Heiterkeit.)

Auf eine Anfrage des Stv. Herzfeld (Deutschdem.) bemerkt Stadtrat Fischer, daß der Vertrag mit Schwarz alle Kautelen umfassen werde, insonderheit über Kontrollmaßnahmen geschäftlicher und künstlerischer Natur.

Die Vorlage des Magistrats wird mit 32 bürgerlichen gegen 31 sozialistische Stimmen angenommen. Frau Stv. Krüger (Unabh.) erscheint erst in dem Moment im Saal, wo die Abstimmung bereits erledigt ist.

Die Punkte 5 und 6 betreffen ein Gesuch um Beteiligung der Stadt an der

Mitteldeutschen Bauzentrale,

Gemeinnützige Zentralgenossenschaft für das mitteldeutsche Baugewerbe E. G. m. b. H. in Halle und Uebertragung dieser Beteiligung auf die Mitteldeutsche Heimstätte, Wohnungsfürsorgegesellschaft in Magdeburg. Der Referent, Stv. Knauthe (Unabh.), legt dar, daß die Mitteldeutsche Heimstätte das Bauen von Kleinwohnungen verbilligt durch Beschaffung von Baustoffen im gemeinsamen Einkauf, durch Typisierung der Baukorm usw. Hinter der Heimstätte, an der die Stadt sich mit 30 000 Mark beteiligt habe, stünden bereits Einlagen von 4½ Millionen Mark. Die Heimstätte kann aber die Bauten nicht selbst ausführen, sondern sie macht sich zur Treuhänderin für Bauausführungsgenossenschaften, z. B. die Mitteldeutsche Bauzentrale. Tüchtige Fachleute wirken dort, so daß die großen Industriegesellschaften bereits Vertrauen gewannen und ihr bedeutende Aufträge gaben. Der Referent schlägt vor, die Beteiligung von 30 000 Mk. seitens der Stadt um 250 000 Mk. zu erhöhen.

Stadtbaurat Rost: Der Magistrat hat sich mit der Sache noch nicht beschäftigen können. Er wird die Sache prüfen und dann eventuell eine Vorlage machen.

Stv. Minner (Deutschdem.): Die Baulieferungsgenossenschaften sollen dazu dienen, die selbständigen Gewerbetreibenden zu ruinieren. Dort arbeiten die Arbeiter und schaffen fleißig, aber beim Meister labolieren sie die Arbeit. Die Stadt darf nicht dazu beitragen, selbständige Existenzen zu ruinieren, dann mag sie auch den Privatbaunehmern die gleiche Unterstützung geben und ihnen auch mit ähnlichen Summen auf die Beine helfen.

Die Vorlage wird mit 32 bürgerlichen gegen 31 sozialistische Stimmen abgelehnt.

Der mehrheitssozialistische Stv. Wilke enthält sich der Abstimmung.

7. Für den Ausbau des Wettiner Hofs werden die Mehrkosten im Betrage von 56 242 Mk. nachbewilligt.

8. Die Aufstellung einer Orientierungstafel auf dem Galgenberg, die 5000 Mk. kosten soll, wird mit 31 sozialistischen gegen 29 bürgerliche Stimmen abgelehnt.

9. Zur Unterbringung von Abstimmungsberechtigten bewilligt man 335 Mark.

10. Ein Vermächtnis von 3000 Mk. der Frau Kanzleirat Doris Dilcke wird unter dem Titel Fräulein Anna Dilcke-Stiftung angenommen.

11. Ein Legat der Friedrich Huhnschen Eheleute von 2000 Mk. wird abgelehnt, dagegen

12. ein Legat der Hospitalitin Luise Plötz in Höhe von 5139 Mark angenommen.

13. 3500 Mk. werden für eine Arbeitsgrube in der Fahrzeughalle der Feuerwache Süd bewilligt.

14. ferner 1000 Mk. für die Tagung des Provinzialturnlehrervereins.

15. Militäranwärtern, die in städtischen Dienst übergetreten, soll in Ausnahmefällen eine Beihilfe zu den Umzugskosten gewährt werden.

Punkt 16 betrifft

die neue Ratskellerpacht.

Sie wird als Ersatz für den eingehenden Ratskeller gegenwärtig zu dem bisherigen Marktschloß eingerichtet, man beschließt sie dem Ratskellerwirt Hermann Kunze gegen 8000 Mk. Jahrespacht auf zwei Jahre zu überlassen.

17. Die Eingabe technischer Beamten und Angestellten um Einreihung in die Gruppe 8 der Besoldungsordnung wird abgelehnt, erstens weil man noch nicht wieder an dem Besoldungswerk rütteln will, zweitens weil der Ton der Eingabe ungehörig erscheint.

18. Dem Gesuch der Schüler der Handwerkerschule um Einrichtung der Baugewerkschulklasse 5 wird angestimmt, desgl.

19. der Eingabe des Elternbeirates der Talamtschule wegen Verbesserung der Heizungsanlage.

20. Abgelehnt wird die Beschwerde des Herrn Georgius über das Wohnungsamt.

21. die Beschwerde der Frau Steuerkauf dem Magistrat zur Berücksichtigung empfohlen. Dagegen wird

22. die Eingabe der Frau Kirchner wegen Wiedereinstellung ihres Mannes in den Dienst abgelehnt.

Außerhalb der Tagesordnung bewilligt man noch Ueberteuerungszuschüsse für den Einbau von Kleinwohnungen, z. B. in der Lessingstraße.

Auszeichnung. Dem aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrten Magistratsangestellten Richard Elste, wurde für seine hervorragenden Leistungen als Gefechtsmelder, nachträglich das Eiserne Kreuz 2. Klasse verliehen.

Im Untersuchungsamt für ansteckende Krankheiten des Hygienischen Instituts der Universität wurden im Monat August insgesamt 1464 Untersuchungen vorgenommen und zwar: Tuberkulose 128, Typhus 130, Paratyphus 8, Ruhr 197, Diphterie 260, Gonorrhoe 46, Syphilis 553, sonstige Krankheiten 72.

Provinzial-Nachrichten.

;; **Leipzig**, 20. September. (50 Ueberzieher) sind allein in der Zeit von Mitte August bis jetzt aus Gastwirtschaften und Kaffeehäusern als gestohlen bei der Kriminalabteilung angezeigt worden. Soviel die durch diese angestellten Erörterungen ergeben haben, kommt ein und dieselbe Person in Frage. Der gemeingefährliche Dieb geht nobel gekleidet und macht den Eindruck eines Ausländers.

— **Bitterfeld**, 20. September. (Raubüberfall.) Hier wurde durch drei mit Revolvern bewaffnete Personen, welche schwarze Gesichtsmasken trugen, im Vorterhause der Vereinigten Aluminium-Werke ein Raub ausgeführt. Es wurde eine eiserne Geldkassette mit etwas über 11 000 Mk. Restlohngelder gestohlen. Während zwei Maskierte den allein anwesenden Nachtportier festhielten, erbrach der dritte mit einem mitgebrachten Beil und Stemmeisen die Kiste, in der sich die Kassette befand.

!! **Roßlau**, 20. September. (Zuckerdiebstahl.) In der Nacht vom 12. zum 13. September wurden aus einem Kahne, der oberhalb der Bockeroder Fähre vor Anker lag, 23 Sack Zucker gestohlen. Auf die Ergreifung der Diebe sind 5000 Mk. Belohnung ausgesetzt.

(!) **Halberstadt**, 20. September. (Die Verteuerung des Ackers.) Die neugegründete Verpächtervereinigung hielt hier eine Versammlung ab, in der über die Handhabung des neuen Gesetzes durch die Pachteinigungsämter gesprochen wurde. Für den Landkreis Halberstadt sind bisher noch keine ständigen Beisitzer bestellt worden, dagegen wurde gegen die für Oschersleben bestimmten verschiedentlich Widerspruch erhoben. Mitgeteilt wurde, daß zwischen den Beisitzern aus Pächter- und Verpächterkreisen für das Amtsgericht Oschersleben als Richtlinien aufgestellt seien, bei Schrebergärten keine Preiserhöhungen zuzubilligen, bei Kleinpachtungen bis zu drei Morgen Erhöhungen bis zu 300 Prozent zuzubeißen, bei Zuwachtungen 150—200 und bei selbständigen Pachtungen ganzer Wirtschaften 50—150 Prozent. Man riet den Verbandsmitgliedern, als neuen Pachtpreis das Siebenfache des Friedenspreises von 1914 zu fordern.

? **Wernigerode**, 20. September. (Erster Bürgermeister Jahn) scheidet zum 1. Oktober aus sein Amt. Er übernimmt das Amt eines Regierungsrats und Referenten am Landesfinanzamt Thüringen in Rudolstadt.

Vermischtes.

Mord und Selbstmord einer Wahnsinnigen. In Würzburg hat die Dienstmagd Kump in einem Wahnsinnsanfall die 50jährige Haushälterin Grünewald ermordet und sich selbst durch Gas vergiftet. Die Leiche der Ermordeten wurde in einem Sack eingenäht aufgefunden.

Schießerei bei einer Kirmesfeier. Im oberrheinischen Orte Bassenheim feuerte bei einer Kirmesfeier ein Fremder in einem Tanzsaal, nachdem er das Licht ausgedreht hatte, vierzehn Schüsse in die Volksmenge. Ein junger Mann wurde getötet, während eine Frau schwer verletzt wurde. Der Täter entkam unerkannt.

Raubüberfall in der Markgrafenstraße in Berlin. In später Abendstunde sind am Mittwoch in das Haus Markgrafenstraße 20 Einbrecher in eine Privatwohnung eingedrungen. Sie wurden bei dem Einbruch überrascht. Bei dem Versuch ihrer Festnahme machten sie von ihren Schußwaffen Gebrauch und verletzten eine Frau durch einen Schuß in den Unterleib schwer.

Eine Million Mark veruntreut. Der in Hamburg ansässige Generaldirektor einer bedeutenden Wiener und Budapester Briefmarkenhandelsgesellschaft, Porz, wurde wegen Veruntreuung in Höhe von über eine Million Mark verhaftet.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Das Reichsnotopfer.

Berlin, 20. Sept. Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Moesle befindet sich gegenwärtig auf einer Dienstreise, um sich mit den Präsidenten der Landesfinanzämter bezüglich der beschleunigten Erhebung der Besitzsteuern besonders des Reichsnotopfers zu beraten. Am 15. September fand in Frankfurt a. M. eine Besprechung statt, an der die Bezirke der Landesfinanzämter Kassel und Darmstadt beteiligt waren. Gegenstand der Beratung war der Stand der Vorarbeiten zur Ausführung der Steuergesetze und Maßnahmen für eine beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers. Im Laufe dieser Woche finden Besprechungen gleicher Art in Bayern, Thüringen und Sachsen statt. Am nächsten Donnerstag wird Staatssekretär Moesle mit den Veranlagungsbehörden der Bezirke Groß-Berlin und Brandenburg dieselben Fragen behandeln.

Zum Millionendiebstahl bei der Vulkanwerft.

Berlin, 20. Sept. Gestern sind fünf Mitglieder der sechsköpfigen Bande, die kürzlich den 1¼ Millionen Diebstahl bei der Vulkanwerft in Stettin verübt hat, verhaftet worden. Die Haupttäter sind zwei Gebrüder Klepzig in Köpenick. Bei der Durchsuchung der Wohnung des Vaters der Gebrüder Klepzig wurde ¼ Million Mark Bargeld vorgefunden und beschlagnahmt. Alle Verhafteten sind Mitglieder der kommunistischen Kampforganisation.

Der Reichspräsident wieder in Berlin

Berlin, 20. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) **Wie wir hören, wird der Reichspräsident morgen aus Frendenstadt wieder in Berlin eintreffen.**

Der erste deutsche Konsul in Italien.

Basel, 20. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) **Wie aus Mailand gemeldet wird, hat als erster deutscher Konsul**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200921013/fragment/page=0003

rischer Vertreter in Italien der deutsche Generalkonsul in Mailand heute seine Tätigkeit wieder aufgenommen.

Kommunistische Maßnahmen in Italien.

Mailand, 20. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Nach Meldungen der römischen Zeitungen haben die italienischen Kommunisten den Beschluß gefaßt, alle italienischen Sekundärbahnen einschließlich der sich in städtischen Besitz befindlichen Straßenbahnen durch das Personal und die Arbeiterschaft zu besetzen. Die Einsetzung einer gemischten Kommission für die Vorbereitung des Gesetzentwurfs über die Betriebsräte wird im allgemeinen als das abschließende Ergebnis der Turiner Besprechungen angesehen. Der Inhalt der Regierungsverordnung entspricht dem Kompromiß der Vertreter beider Parteien, das in Gegenwart Giolittis abgeschlossen wurde.

Die litauisch-polnischen Friedensverhandlungen.

WTB. **Kowno**, 20. Sept. (Drahtnachricht.) Die litauische Telegraphenagentur teilt mit, daß die litauischen und polnischen Delegationen Kalwarja verließen, da die Polen auf ihrer Forderung, die Litauer sollten sich auf die Foch-Clémenceau-Linie zurückziehen, bestanden und den litauischen Vorschlag, eine neutrale Zone zwischen beiden Armeen zu errichten, ablehnten. Indes sind die Verhandlungen anscheinend nur unterbrochen, da der polnische Außenminister, Sapieha, bei der litauischen Regierung durch Funkspruch wegen Fortsetzung der polnisch-litauischen Verhandlungen in Riga angefragt hat. Auch der Völkerbundsrat ist für Fortsetzung der Verhandlungen und wünscht, daß bis dahin Kampfhandlungen unterbleiben müßten. Im Namen Litauens hat sich Woldemar damit einverstanden erklärt. Paderewski hingegen teilt mit, er könne erst heute früh antworten.

Ein Minister für öffentliche Ordnung in der Tschecho-slowakei.

Prag, 20. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Die Regierung der tschechoslowakischen Republik hat dem Minister Dr. Martin Micura die Vollmacht erteilt, Verordnungen zu erlassen und alles zur Erhaltung der Ordnung, zur Konsolidierung der Verhältnisse und zur Sicherung des ordentlichen Staatslebens in der Slowakei zu tun.

Das bewachte Finanzviertel New Yorks.

New York, 20. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Gewaltige Scheinwerfer beleuchten nachts die Gebäude, an denen zahlreiche Arbeiter Tag und Nacht beschäftigt sind, die Schäden auszubessern. Polizei und Militärpatrouillen marschieren durch die Straßen und haben vor allen Dingen ein wachsames Auge auf die Privatbanken Morgans, gegen die man weitere Attentate befürchtet. Das Finanzquartier der City New Yorks gleicht einem Feldlager. Jede Bank, jede Wechselstube sind von Militär- und Polizeipatrouillen bewacht. Die Privatvillen der Milliardäre sind abgesperrt, niemand darf sich ihnen nähern. Es ist neuerdings eine Karte aufgefunden worden, deren Absender noch nicht festgestellt ist, und die lautet: Benachrichtigt Bob, daß er sich am Nachmittag nicht nach Wallstreet begeben soll. Der verhaftete Fischer ist irrsinnig und behauptet, daß er die Kenntnis des Attentats aus einer anderen Welt erfahren habe, wie er ebenso ein Attentat auf Wilson voraussagen müsse, und wenn ihm darauf auch der „Elektrische Stuhl" blühe.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom Zuckermarkt.

Nh. Obwohl mit der Aufrodung der Zuckerrüben in diesen Tagen begonnen werden wird, steht die Entscheidung darüber noch immer aus, unter welchen Bedingungen die Bewirtschaftung des Zuckers im neuen Betriebsjahre vor sich gehen soll; das wird in den in Betracht kommenden Kreisen von Tag zu Tag unangenehmer empfunden. Nun sollen neue Besprechungen zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und Vertretern der Einzelstatten erst wieder Ende September stattfinden, und es steht noch lange nicht fest, ob dann endlich die Richtlinien bekanntgegeben werden. Nicht außer Acht zu lassen ist vor allem auch die endgültige Entscheidung darüber, ob die volle Freizügigkeit des Verkehrs mit Zucker am 1. September nächsten Jahres eintritt. Nur wenn die Entscheidung in diesem Sinne in allernächster Zeit bekannt gegeben wird, kann auf eine ansehnliche Erhöhung des nächstjährigen Rübenanbaues gerechnet werden.

Ohne auf die Lage des Zuckermarktes irgend welchen Einfluß auszuüben, ist die Internationale Zuckerkonvention, der wir vor einigen Tagen eine Würdigung zuteil werden ließen, zu Ende gegangen. Kaum ist dies geschehen, da tauchen auch schon wieder neue Projekte auf, die die Konvention in anderer Form wieder ins Leben rufen sollen. Wiederum geht die Anregung von England aus. Es soll dort eine Vereinigung gegründet worden sein, die mit den Großinteressenten anderer Länder auf eine Konferenz, vermutlich in Amsterdam, zusammen kommen will, um die durch die Auflösung entstandene Lage zu besprechen und neue Richtlinien aufzustellen. Auf welchen Grundlagen diese in Aussicht genommenen Besprechungen beruhen werden und ob sie zu greifbaren Erfolgen führen, darüber können heute nur lose Vermutungen aufgestellt werden. Man wird Deutschland nicht außer Betracht lassen können; andererseits hat aber Deutschland vorläufig keine Veranlassung, irgend welche Bindungen auf sich zu nehmen, vielmehr alle Kraft daran zu setzen, daß seine Zuckerindustrie sich so bald wie möglich wieder der alten Blüte nähert.

Am Raffinademarkte blieb der Verkehr geringfügig, nachdem die Zuteilungen für den laufenden Monat zur Erledigung gekommen waren. Hierbei hatte es sich vornehmlich auch um die Zuwendungen von Auslandszucker gehandelt, die sich im allgemeinen glatt vollzogen. Für den nächsten Monat dürften zur Versorgung bereits die ersten fertiggestellten Zuckermengen aus der neuen Ernte mit herangezogen werden müssen.

Die Entwicklung der Zuckerrüben hat weiter gute Fortschritte machen können. Nach den durchdringenden Niederschlägen ist jetzt die gewünschte warme und sonnige Witterung eingetreten. Die bisherige Annahme eines sehr befriedigenden Ausfalles der in dieser Woche beginnenden Rübenernten dürfte durch die Ergebnisse der ersten Rodungen Bestätigung finden.

Norddeutsche Braunkohlenverwertungs-G. m. b. H., Harburg-Elbe.

Die Hamburg-Amerika-Linie und der Hanielkonzern, die bereits gemeinsam die Deutsche Werft A.-G. in Hamburg gegründet, haben sich jetzt gemeinsam mit Harburger Oelinteressenten und anderen bekannten Aktiengesellschaften zu einer bedeutsamen wirtschaftlichen Unternehmung zusammengefunden, das den Namen trägt: „Norddeutsche Braunkohlenverwertungsgesellschaft m. b. H., Harburg-Elbe". Sein Gegenstand ist das Schürfen auf Kohle, sonstige Mineralien und bituminöse Stoffe, Erdöl und -gas, der Erwerb von Bergwerkseigentum und Abbaugerechtigkeiten und in jeder sonstigen Weise — jedoch unter Ausschluß des eigenen Bergwerksbetriebes — die Ausarbeitung, der Erwerb und die Verwertung von Verfahren zur bestmöglichen technischen Ausnutzung dieser Stoffe sowie der Betrieb aller hiermit in Verbindung stehenden Geschäfte. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt vorläufig nur 120 000 Mk. Außer den Genannten sind die Gesellschafter noch folgende Firmen: Die A.-G. für In- und Auslandsunternehmungen in Hamburg, die Internationale Gallalithgesellschaft Hoff & Co. in Harburg, Harburger Chemische Werke Schön & Co. — an den beiden letzten Gesellschaften sind die Vereinigten Gummiwarenfabriken Harburg-Wien beteiligt —, Direktor Werner Daitz-Harburg. Geschäftsführer sind der letztgenannte und Direktor Willy Weber-Hamburg.

Die Gesellschaft verdankt, laut „Hamburgischer Börsenhalle", ihre Entstehung dem Bestreben, eine Prüfungsstelle zu schaffen, in der die in den letzten Jahren in großem Umfange auftretenden Projekte zur Ausbeutung der Bodenschätze Nordwestdeutschlands an Braunkohlen, Erdgas, Erdöl usw. einer fachmännischen Prüfung unterzogen werden. Die Gründung ist auch von dem Gesichtspunkte aus zu begrüßen, weil dadurch viele Fehlgriffe, die durch Sachunkenntnis oder in spekulativer Absicht, begünstigt durch die sehr schwierigen geologischen Verhältnisse der Hamburger Gegend hervorgerufen werden, vermieden, bezw. verhindert werden können. Der Zusammenschluß der oben angeführten Gesellschaften verbürgt im übrigen die tatkräftige und wirtschaftliche Ausbeutung von wirklich aussichtsreichen Projekten.

√ **Michelkonzern.** Sonnabend mittag fand im Hotel Stadt Hamburg die Gewerkenversammlung des Michelkonzerns zu Großkayna, der Gewerkschaften Michel, Vesta, Gute Hoffnung und Leonhardt statt. Die Versammlung leitete Herr Bankdirektor Dr. Julius Strube aus Bremen. Das Rechnungswerk wurde glatt erledigt; sonstige Ausführungen wurden nicht gemacht. Bei der Gewerkschaft „Michel" waren 758 Kuxe, bei „Vesta" 671, „Leonhardt" 745 und „Gute Hoffnung" 691 Kuxe vertreten. Der Vorsitzende wies bei Beginn der Versammlung auf den großen Verlust hin, den die Gewerkschaften mit dem Tode des Kommerzienrates Karl Scheidler aus Köln erlitten haben. Bei sämtlichen 4 Gewerkschaften scheiden die Herren Gustav Cremer und Hermann Weber satzungsgemäß aus dem Grubenvorstand aus; Dr. Strach hat fernerhin um Entlassung aus dem Vorstand gebeten. Die beiden erstgenannten Herren wurden einstimmig wiedergewählt. Für die beiden Gewerkschaften „Michel" und „Vesta" wurden als neue Rechnungsprüfer Direktor Artur Wagner und Kommerzienrat Adolf Lindgens aus Köln gewählt. Direktor Wagner wurde ebenfalls als Rechnungsprüfer für die Gewerkschaften „Leonhardt" und „Gute Hoffnung" zusammen mit dem wiedergewählten Kaufmann Schwengers ernannt.

Der Kaliabsatz im Jahre 1919.

Aus dem Geschäftsbericht des Kalisyndikats für 1919 entnehmen wir folgendes: In den beiden Anfangsmonaten litt der Absatz durch die Verhältnisse auf der Eisenbahn und den Wasserstraßen. Erst von März an nahmen die Inlandverladungen zu, erreichten aber noch nicht den nötigen Umfang. Verkehrssperre und Streik verursachten neue Störungen, später die dringenden Verladungen von Lebensmitteln. Im Juli begannen die ersten Verschiffungen nach Großbritannien, Amerika und den überseeischen Ländern. Die Vereinigten Staaten nahmen 701 288 Doppelzentner Kali ab, Großbritannien und Irland 102 786 Doppelzentner die überseeischen Gebiete 16 481 Doppelzentner. Der Versand nach Oesterreich-Ungarn sank um 57 711 Doppelzentner und nach der Schweiz um 50 749 Doppelzentner. Der Gesamtabsatz ging von 10 016 643 Doppelzentner auf 8 120 024 Doppelzentner Kali zurück. Am größten war der Minderverbrauch in Deutschland, obwohl er immer noch um 14 Prozent größer war als im Jahre 1913. Der Hauptabsatz entfällt auf Kainit und Sylvinit mit 3,73 Mill. Doppelzentner. 20prozentiges Kalidüngesalz mit 1,26 Mill. Doppelzentner und auf Chlorkalium mit 2,16 Mill. Doppelzentner. Der Auslandsabsatz stieg von 1,42 Mill. auf 1,75 Mill. Doppelzentner. Er wäre größer gewesen, wenn nicht die vorbezeichneten Rückgänge eingetreten und die Abladungen nicht durch Schiffmangel behindert gewesen wären.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 20. September. Blieb die Grundstimmung der Börse selbst auch fest, so war in der Kursbildung heute doch nicht immer der einheitlich nach oben gerichtete Zug vorherrschend. Auf einigen Gebieten fanden Glattstellungen und damit Kursabschwächungen statt. Auf anderen Gebieten setzten sich die Kurssteigerungen unter Führung einzelner Papiere fort. Das Geschäft war anfangs ruhiger, belebte sich aber später wieder. Am Montanmarkt stiegen Bismarckhütte, Hoesch und Rheinstahl wesentlich, wogegen Bochumer bei Schwankungen sich erheblich abschwächten. Farb- und Elektrowerte veränderten ihren Kursstand mit Ausnahme der niedrigeren Oberschles. Kokswerte nur wenig. Schiffahrtswerte schwächten sich mäßig ab, Maschinen- und Metallaktien sowie andere Nebenwerte waren weiter fest, namentlich Gebr. Böhler und Zellstoff Waldhof. Von Kaliaktien wurde Westeregeln um 50 Prozent gesteigert. Valutawerte waren im Einklang mit den etwas schwächeren Auslandsdevisen still und vorwiegend abgeschwächt. Deutsche Bankaktien notierten erneut 7 Prozent höher.

Produktenbericht.

Berlin, 20. September. Im freien Produktenverkehr waren die Käufer heute zurückhaltend. Für Erbsen vermochten teilweise erhöhte Preise durchgesetzt werden. Die Rapspreise stellten sich erneut höher. Mischfutterwerte blieben zu höheren Preisen stark befragt. Für Heu in guter Beschaffenheit und Stroh hält die Nachfrage an. Die Kartoffelpreise sind nur wenig verändert. Die übertriebenen Inlandsforderungen sind nicht durchzusetzen. Das Wetter ist schön.

Devisenkurse.

Berlin, 20. September

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam-Rotterdam	2102,90	2107,10	2127,05	2132,15
Brüssel-Antwerpen	479,50	480,50	489,50	490,50
Christiania	909,10	910,90	939,05	940,95
Kopenhagen	909,10	910,90	934,05	935,95
Stockholm	1361,65	1363,90	1371,15	1373,90
Helsingfors	204,80	205,20	204,80	205,20
Italien	279,70	280,30	293,70	294,30
London	233,25	233,75	240,25	240,75
New York	64,93	65,07	67,68	67,82
Paris	459,50	460,5	442,00	463,00
Schweiz	1266,40	1266,60	1098,90	1101,10
Spanien	959,00	961,00	989,00	991,00
Wien (altes)	26,47	26,53	26,97	27,03
(Deutsch-Oest. abgest.)	27,72	27,78	27,72	27,78
Prag	83,02½	83,22½	83,02	83,22
Budapest	21,47	21,53	21,48	21,52
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenmarktpreise.

Berlin, 20. September.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg. ab Station.

	Heute	Gestern
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	280—335	280—335
" " kleine gelbe und grüne Erbsen	220—280	200—270
Futtererbsen	160—180	160—175
Bohnen, weiße inländische	—	—
Peluschken	160—170	150—168
Ackerbohnen	150—170	135—155
Wicken	125—155	125—155
Lupinen, gelbe	60—95	60—95
" " blaue	—	—
Seradella, alte	70—90	70—80
Wiesenheu, lose	25—27	25—26,50
" " drahtgepreßt	—	—
Stroh, drahtgepreßt	16—17	16—17
" gebündelt	14—14,50	13—14

Braunschweigische Maschinenbauanstalt. Die Generalversammlung setzte die sofort zahlbare Dividende auf 15 Proz. fest. Anläßlich des 50jährigen Bestehens der Gesellschaft wurden 500 000 Mark für Wohlfahrtszwecke ausgesetzt. Die Aussichten wurden als günstig bezeichnet, da reichliche Aufträge vorliegen.

Die A.-G. für Bürstenindustrie in Striegau schlägt 15 Prozent Dividende gegen 12 Prozent im Vorjahr und die Erhöhung des Aktienkapitals um 2 000 000 Mk. vor.

Weitere Preisherabsetzung für Möbelschlösser. Vom Eisen- und Stahlwaren-Industriebund in Elberfeld wird uns geschrieben: Die Vereinigten Möbelschlosserverbände haben in ihrer am 14. 9. in Elberfeld abgehaltenen Generalversammlung beschlossen, die Preise weiter herabzusetzen. Der Aufschlag beträgt nunmehr für das Inland 800 Prozent (bisher 1000 Prozent) für Schlösser mit französischer Feder und 650 Prozent (bisher 800 Prozent) für Zuhaltungsschlösser. Für Länder, nach denen in Valuta verkauft wird, greifen entsprechende Aufschläge bezw. Rabatte Platz. — Der Verband für Treck- und Magazinschlösser hat ferner den Aufschlag neuerdings auf 550 Prozent für Länder mit Markberechnung festgesetzt.

Preise für abgelieferten Raps und Rübsen der Ernte 1920. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat unter dem 10. September eine Verordnung erlassen, wonach die Preise für die auf Grund der Verordnung über Oelfrüchte und daraus gewonnene Erzeugnisse (vom 16. August 1919) abgelieferten Oelfrüchte der Ernte 1920, die vom Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette nicht überschritten werden dürfen, bei Raps auf 4500 Mk. und bei Rübsen auf 4400 Mk. festgesetzt werden.

Die 14. mitteldeutsche Zentralhäute- und Fellauktion findet am 23. und 24. d. Mts. in Leipzig statt. Zum Angebot kommen am ersten Tage: 12 371 Stück Großviehhäute, 292 Stück Roßhäute, 3 Eselshäute, 5592 Schaffelle, 684 Stück Fresserfelle, 17 501 Stück Kalbfelle, 3912 Stück Ziegenfelle. Am zweiten Tage: 15 602 Stück Großviehhäute, 419 Stück Roßhäute, 2950 Stück Fresserfelle, 18 320 Stück Kalbfelle, 7440 Stück Schaffelle und 1675 Stück Ziegenfelle.

Deutsche Industrie-A.-G. Bei dieser Gesellschaft, die zum Konzern Petschek gehört, hat das letzte Geschäftsjahr einen Rohgewinn von 459 800 (404 100) Mk. ergeben. Der Reingewinn einschließlich Vortrag beläuft sich auf 103 800 (91 700) Mk. Die Bilanz enthält 11 07 (1) Mill. Mk. Debitoren und 13,7 (3,61) Mill. Mark Kreditoren, bei einem Aktienkapital von 2 Mill. Mk., worauf noch 750 000 Mk. einzuzahlen sind. Der zweite Aktivposten der Bilanz umfaßt 3,95 (3,92) Mill. Mk. Beteiligungen.

Berliner Börse

vom 20. September 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4½% Dtsch.Schatzsch VI—IX	73,25
5% Dtsch. Reichsanl.	79,50
4% " "	68,75
3½% " "	59,50
3% " "	64,00
4% Preuß. Konsols	69,00
3½% " "	55,80
3% " "	53,10
4% Charl. Stadtanl. 89/99	91,75
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—
4% Sächs.Neulandsch Pfdbl	100,25
4% Preuß. Centr.Bod. Pfdbl	96,00
4% Preuß. Hyp Bk. Pfdbl. 1911	97,50
4½% Dess.Gas Oblig	102,50
4% DessauerGas Obl.	—
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	26,00
4% Ungar. Goldrente	62,00
4% Ungar. Kronenrente	28,00
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	75,00
Halle-Hettstedter	63,50
Schantungbahn	653,00
Allg. Lokal-Str.	96,25
Gr. Berl. Str.	125,00
Magdeburger Str.-B.	145,00
Prinz-Heinrich-B.	—
[illegible]	
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	189,75
Hambg. Südamerika	248,00
Hansa-Dampfschiff.	298,25
Nordd. Lloyd	187,00
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür	159,25
Berl. Handelsges.	225,00
Commerz-Diskontobank	174,50
Darmstädter Bank	155,00
Dessauische Landesbank	—
Deutsche Bank	300,00
Diskonto-Comm.	215,00
Dresdner Bank	184,00
Leipzig. Credit-Anst.	166,50
Mitteld. Kreditbank	148,00
Mitteld. Privatbank	170,00
Nationalbank	156,00
Oesterr. Kredit	93,00
Reichsbank	156,00
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	270,00
Akt. f. Anilin	409,75
Allgem. Elektr. Ges.	302,25
Ammendorfer Papierfabrik	710,00
Anhalter Kohlenw.	310,00
Annaberger Steingut	475,00
Badische Anilin	499,75
Bergmann Elekt.Akt.	248,00
Berl. Masch.-Bau	286,00
Bismarckhütte	674,00
Bochumer Gußstahl	680,25
Chem.-Fabr. Buckau	418,00

Chem. Griesheim	337,00
Chem. Heyden	382,00
Consolidation Schalk	705,00
CröllwitzerPapierfbk	295,50
Daimler Motoren	228,75
DeutscheLuxemburg	329,87
Deutsche Treuhandgesellschaft	1043,00
Deutsche Erdöl	2065,00
Deutsche Gasglühl.	4825,00
Deutsche Kali	426,00
Deutsche Waffen und Mun.	420,00
Donnersmarckhütte	480,00
Döring & Lehrmann	165,00
Dürrkoppwerk	585,00
Engelhardt-Brauerei	244,00
Elberfelder Farben	419,75
Felten & Guillaume	462,00
Gasmotoren Deutz	215,00
Gebhard & Co.	469,00
Gebhard & König	248,00
Gelsenkirchen Berg.	339,75
Glauziger-Zuckerfbk	484,00
Hallesche Maschfbk.	554,50
Hann. Masch.	400,50
Harpener Berg	370,00
Hasper Eisen	635,00
Hirsch Kupfer	320,00
Höchster Farbwerke	377,00
Hoesch Eisen u. Stahl	525,00
Hohenlohe Werke	223,00
Humboldt Masch.	219,75
Ilse Bergbau	405,25
Kahla Porzellan	490,00
Kaliw. Aschersleben	458,00
Körbisd. Zucker-Akt.	—
Kyffhäuserhütte	—
Lahmeyer & Co.	205,00
Lauchhammer	430,50
Laurahütte	384,75
Linke & Hofmann	419,75
Ludwig Loewe & Co.	342,50
Lothringer Hütte	363,50
Mannesmannröhren	506,00
Masch.-Fabr. Buckau	285,50
Oberschl. Eisenb.-Bd.	270,00
do. Caro Hag.	280,00
do. Kokswerke	455,00
Orenstein & Koppel	328,00
Phönix Berg	[illegible]
Rhein. Metall-Vorz.	425,00
Rhein. Stahlwaren	495,00
Riebeck. Montan	360,00
Rombacher Hütten	484,50
Rositzer Braunk.	382,25
Rositzer Zucker	275,00
Sangerhäuser Masch.	535,00
HugoSchneider A.-G.	290,00
Schuckert & Co.	218,00
Siemens & Halske	319,00
Stettiner Cham.	324,00
Stettiner Vulkan	245,25
Stollberger Zinkh.	[illegible]
Strals. Spielkarten	401,00
Thale-Eisenhütte	674,00
Triptis Porzellan	284,50
Türk. Tabakregie	560,00
Ver. Köln-Rottweiler	320,50
Ver. Glanzstoff	850,00
Wegelin & Hübner	274,00
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	811,00
Wittener Gußstahl	135,00
Wrede Mälzerei	169,00
Zeitzer Masch.	529,00
Zellstoff Walthof	420,00
Otavi-Minen	849,75

Tendenz: fest.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 20. September 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	300,00
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz	147,00
Landwirtsch. Masch. Zimmermann Halle	165,50
Mansfelder Gewerkschaft	4700,00
Portland, Zementfabrik Halle	150,50
Prehlitzer Braunkohlen	1450,00
Priorit.	—
	—

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200921013/fragment/page=0004